

Die keynesianische Beschäftigungstheorie und -politik

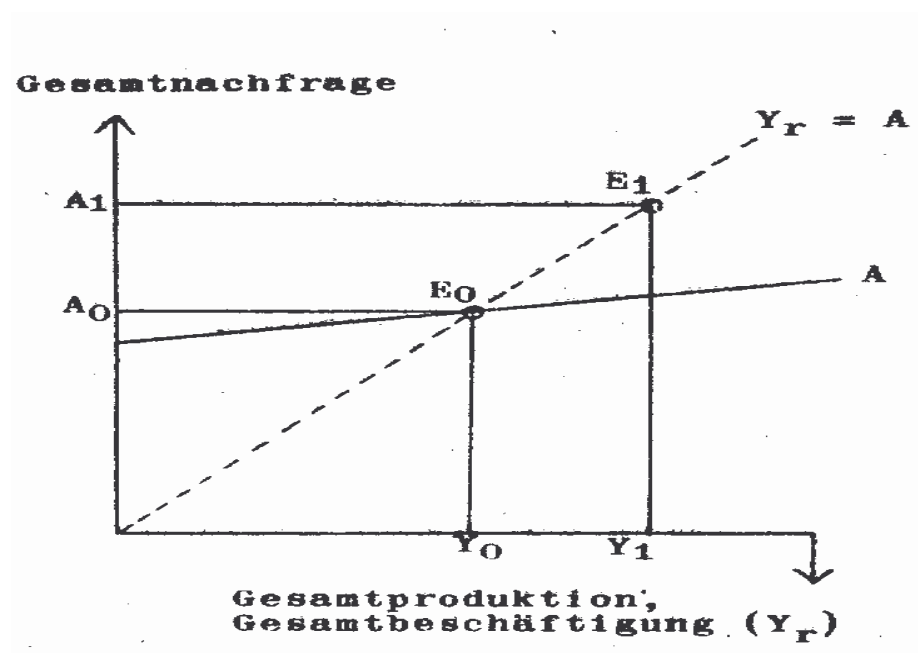
Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 73, 23.09.1977, Seite 4

Viele Rezepte, die heute zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen werden, basieren auf theoretischen Gedankengängen, die sich auf den englischen Nationalökonom Keynes zurückführen lassen und hier deshalb „keynesianisch“ genannt werden.

Die grundlegende Hypothese der keynesianischen Theorie kann man dahingehend formulieren, daß Produktion und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft von der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage abhängen: Je höher die Gesamtnachfrage, desto höher auch das Niveau der Produktion und der Beschäftigung — bis zur Grenze der vollständigen Auslastung der gegebenen gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten an der Arbeit und Kapital (Vollbeschäftigung).

Eine weitere wichtige Annahme dieser Theorie geht davon aus, daß in einer Marktwirtschaft die Gesamtnachfrage keineswegs zwangsläufig dahin tendiert, eine Höhe zu erreichen, die ausreicht, um die gesamte Produktion (das volkswirtschaftliche Güterangebot) bei Vollbeschäftigung abzunehmen. Oder anders ausgedrückt: Es kann durchaus der Fall eintreten, daß Angebot und Nachfrage gesamtwirtschaftlich sich im „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“ befinden, daß also keine systemimmanenten Kräfte auf ein stabiles Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung hindrängen.

Dies läßt sich anhand des folgenden Diagramms (Schaubild 1) verdeutlichen:



Hier sind auf der vertikalen Achse die Gesamtnachfrage, die Gesamtausgaben (A), auf der horizontalen Achse das gesamte Güterangebot die Gesamtproduktion die Gesamtbeschäftigung (Y_r) abgetragen. Die gestrichelte Linie stellt der Verbindung aller möglichen Gleichgewichtspunkte ($Y_r = A$), die durchgezogene Gerade A die geplanten Gesamtausgaben (Ausgabenfunktion) dar. Bei dem hier angenommenen Verlauf der Ausgabenfunktion sind Angebot und Nachfrage im Punkt E_0 , bei einer Ausgabenhöhe A_0 und einem Produktions- und Beschäftigungsniveau Y_0 , im Gleichgewicht. Doch dieses Gleichgewicht ist ein Gleichgewicht

bei Unterbeschäftigung, da Vollbeschäftigung als Auslastung aller Ressourcen annahmegermäÙ erst bei Y_1 vorliegt.

Erhöhung der Gesamtnachfrage

Die logischen Schlußfolgerungen liegen auf der Hand. Wenn das marktwirtschaftliche System selbst nicht in der Lage ist, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung zu erreichen, und wenn man Vollbeschäftigung erreichen will, muß man dafür sorgen, daß bei Unterbeschäftigung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht wird.

Diese gesamtwirtschaftliche Nachfrage setzt sich aus dem folgenden gesamtwirtschaftlichen Komponenten (Variablen) zusammen:

1. Nachfrage der inländischen privaten Haushalte nach im Inland produzierten Konsumgütern,
2. Nachfrage der inländischen Unternehmen nach im Inland produzierten Investitionsgütern,
3. Nachfrage des Staates nach im Inland produzierten Gütern,
4. Nachfrage des Staates nach im Inland produzierten Gütern (Export).

Demgegenüber haben die folgenden gesamtwirtschaftlichen (makroökonomischen) Variablen negative Auswirkungen für Produktion und Beschäftigung:

1. das Sparen der inländischen privaten Haushalte,
2. die Steuern, die der Staat bei inländischen Haushalten und Unternehmen erhebt,
3. die Nachfrage inländischer Haushalte und Unternehmen nach im Ausland produzierten Gütern (Import).

Diese sieben makroökonomischen Variablen sind damit auch die möglichen Ansatzpunkte für eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik.

Die keynesianische Theorie macht aber nicht nur Aussagen über die Wirkungsrichtung einer Manipulation der genannten makroökonomischen Variablen, sondern auch über die Größe einer solchen Manipulation. D.h. sie macht Aussagen darüber, um wieviel sich die Beschäftigung bei einer Änderung der Variablen verändert. Diese Auskunft gibt die sogenannte Multiplikatorhypothese.

Multiplikatoreffekte

Steigen z.B. die Staatsausgaben um 1 Milliarde DM, so werden in der ersten Phase Produktion, Einkommen und Beschäftigung in Höhe von 1 Milliarde DM steigen. Aber die neu Beschäftigten werden einen großen Teil ihres Einkommens für den Kauf von Konsumgütern ausgeben. Dies indiziert wiederum eine Einkommens- und Beschäftigungserhöhung in der Konsumgüterindustrie. Die dort neu Beschäftigten tätigen ihrerseits Konsumgüterkäufe, usw., so daß die gesamte Produktions- und Beschäftigungserhöhung über die ursprüngliche Initialzündung von 1 Milliarde DM weit hinausgehen kann. Dafür, daß dieser Prozeß nicht endlos weiter geht, sorgen die Variablen Sparen, Steuern und Importe, die nämlich bei einer allgemeinen Einkommenssteigerung auch zunehmen und damit negative Wirkungen auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung ausüben.

Um wieviel nun letztendlich Produktion und Beschäftigung zunehmen, Hängt damit einmal von der Höhe der anfänglichen Initialzündung und zum zweiten von dem Prozentsatz ab, der von dem jeweiligen zusätzlichen Einkommen in die Ersparnis, Steuer und Importe „abfließt“.

Die folgende mathematische Formel mag dies verdeutlichen, wobei ΔY_r Die Veränderung von Produktion und Beschäftigung, w die Abflußrate durch zusätzliche Ersparnisse, Steuern, Importe bei zunehmenden Einkommen und ΔG als Beispiel die anfängliche Erhöhung der Staatsausgaben symbolisieren soll:

$$\Delta Y_r = \frac{1}{w} \cdot \Delta G = \frac{1}{0,5} \cdot 1 \text{ Mrd. DM} = 2 \text{ Mrd. DM}$$

Eine Erhöhung der Staatsausgaben um 1 Milliarde DM führt also bei einer Abflußrate von 50 Prozent zu einer Steigerung der Gesamtproduktion und Gesamtbeschäftigung in Höhe von 2 Milliarden DM. Diese Rechnung macht klar, daß die Auswirkungen einer staatlichen Initialzündung um so größer sind, je weniger aus dem zusätzlichen Einkommen gespart, weggesteuert und für den Import ausgegeben wird.

Mengen- und Preiseffekte

Eine wichtige Prämisse dieser Theorie geht davon aus, daß, gelingt eine Erhöhung der Gesamtnachfrage, dies bis zur gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsgrenze (Vollbeschäftigung) nur Effekte auf Produktion und Beschäftigung, sogenannte Mengeneffekte, hat, aber nicht das Preisniveau beeinflusst. Die Erfahrungen in der Nachkriegszeit haben aber gezeigt, daß die wirtschaftspolitisch so wichtige Trennung in Maßnahmen, die nur Mengen- oder auch nur Preiseffekte haben, kaum möglich ist. Der Wirtschaftspolitiker steht heute vor dem Problem, gleichzeitig gegen Arbeitslosigkeit und Inflation vorgehen zu müssen. Oder anders gesagt: er muß, wenn er Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ergreift, damit rechnen, daß gleichzeitig auch die Preise steigen.

Die Theorie abstrahiert — zumindest in ihrer einfachsten Form — von Struktureffekten. Nachfragesteigerung durch erhöhte Staatsausgaben ist gleich Nachfragesteigerung durch Erhöhung der Investitionsausgaben. Es stellt sich aber die Frage, ob Ausfälle im Exportgeschäft beliebig durch Staatsausgaben kompensiert werden können, oder wie staatliche Aufträge an die Bauwirtschaft die unausgelasteten Kapazitäten in der Textilindustrie beseitigen können.

Die zusätzliche Nachfrage stimmt also in den seltensten Fällen mit der Struktur des Angebots überein, was durch den globalen Ansatz verdeckt wird. Global gleiche Maßnahmen wie eine allgemeine Zinssenkung haben je nach Unternehmen, Branchen, Industriezweig unterschiedliche Auswirkungen. Im günstigsten Fall gibt es bei einer solchen globalen Politik vorübergehende friktionelle Anpassungsprobleme, im ungünstigsten Fall werden strukturelle Ungleichgewichte noch verschärft.

Des weiteren steht die keynesianische Konsumhypothese zur Diskussion, deren Geltung besonders für die prognostizierten Multiplikatoreffekte von ausschlaggebender Bedeutung ist. Gemäß keynesianischer Lehre ist der private Konsum abhängig vom laufenden Einkommen. Steigt nun dieses laufende verfügbare Einkommen direkt durch eine Steuersenkung oder indirekt über eine Erhöhung der Variablen Investitionen, Staatsausgaben oder Exporte, so werden die oben beschriebenen kumulativen Multiplikatoreffekte ausgelöst.

Diese Hypothese kritisieren vor allem die Monetaristen (z.B. der Nobelpreisträger Friedman) mit dem Hinweis, daß sich die Konsumausgaben gar nicht am laufenden Einkommen, sondern am langfristig erwarteten Einkommen ausrichten: Je höher (niedriger) das langfristig erwartete Einkommen, desto höher (niedriger) der Konsum. Eine deutliche Kaufzurückhaltung der Konsumenten in der Rezession ist dann dadurch zu erklären, daß die privaten Haushalte pes-

simistische Einkommenserwartungen haben. Eine Einkommenserhöhung in einer solchen Situation würde damit nur die Ersparnis, aber nicht den Konsum erhöhen. Es ist dann klar, daß Multiplikatoreffekte überhaupt nicht oder kaum auftreten.

Auch gegen die These der Keynesianer, daß es ein stabiles „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“ geben könne, richtet sich Kritik. Es wird gesagt, daß, wären die Löhne und Preise nur flexibel genug, die Unterbeschäftigung nicht von langer Dauer sei. Keynesianer halten dem entgegen, daß z.B. eine allgemeine absolute oder relative Lohnsenkung (zurückhaltende Lohnpolitik !) zwar einen von dem einzelnen Unternehmen begrüßten Kostendämpfungseffekt habe, wodurch möglicherweise Produktion und Beschäftigung erhöht würden. Dem stünden aber andererseits Erlösschmälerungen gegenüber, was wiederum einen negativen Effekt auf Produktion und Beschäftigung ausübe. Welcher Effekt dabei der stärkere sei, könnte von vornherein nicht gesagt werden.

Ein anderes kritisches Argument zielt in die gleiche Richtung und läßt sich dahingehend skizzieren, daß die Instabilität nicht vom marktwirtschaftlichen System ausginge, sondern, daß Beschäftigungslosigkeit (und Inflation) geradezu das Ergebnis der wirtschaftspolitischen Eingriffe des Staates sind, die zwar gut gemeint seien, nichtsdestotrotz aber negative Auswirkungen haben. Ausfluß der Diskussion dieser Thesen ist der heute allgemein verbreitete Ruf nach einer Verstetigung der Wirtschaftspolitik, wenn schon der Staat überhaupt seine Finger im Spiel haben soll.

Ohnmacht des Staates

Alle die bis jetzt erwähnten Argumente gingen aber davon aus, daß der Staat „politisch“ in der Lage und willens ist, eine erfolgreiche keynesianische Beschäftigungspolitik zu betreiben. Doch gerade hier werden in jüngster Zeit die meisten Fragezeichen gesetzt. So wird die „Ohnmacht“ des Staates gegenüber mächtigen Interessenverbänden und sozialen Gruppen herausgestellt und auf die Zielkonflikte zwischen den konjunkturpolitischen Erfordernissen und anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen hingewiesen.

Mag eine durch staatliche Maßnahmen forcierte Gewinnerhöhung der Unternehmen durchaus im Sinne einer keynesianischen Beschäftigungspolitik liegen, so trifft sie sofort der Vorwurf der Gewerkschaften, das sei keine Beschäftigungspolitik, sondern Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer.

Des weiteren zeigt sich immer deutlicher, daß Konflikte auftreten zwischen einer Politik der Vollbeschäftigung einerseits und der langfristigen Konsolidierungsnotwendigkeit der Staatsfinanzen andererseits.

Schließlich entscheiden sich in einer Demokratie die Politiker im Konflikt zwischen der ökonomischen Rationalität und der politischen Opportunität in den meisten Fällen für die letztere.